

Waldbauverein pocht auf Verursacherprinzip beim Thema Nationalpark

Vereinigung im Kreis Neuwied spricht sich gegen Ausweitung des Gebietes nach Rheinland-Pfalz aus und fordert Pufferzonen zum Schutz der Nachbar-Wälder



Kreis Neuwied. (suc) Der Kreiswaldbauverein Neuwied lehnt die Ausweisung von Nationalparkflächen auf rheinland-pfälzischem Gebiet ab. Das teilt dessen Vorsitzende Gisela Born-Siebicke mit. Auch die Landesregierung von Rheinland-Pfalz hatte eine Ausweitung des im Siebengebirge angestrebten, so genannten Bürgernationalparks auf eigene Flächen abgelehnt.

Der Kreiswaldbauverein sieht darüber hinaus die dringende Notwendigkeit, zu erwartende "ökonomische und ökologische Konflikte" an der Grenze des Areal durch Pufferzonen abzufedern und zu verhindern. Bei allen Fragen seien zudem die Waldbauern in der Nachbarschaft einzubinden.

Grundsätzlich teilt der Verein mit, dass er sich "gegen jede ordnungsrechtliche Maßnahme oder weitere Unterschützstellungen von Waldflächen auf rheinland-pfälzischem Gebiet" ausspricht.

"Das betroffene Waldgebiet auf rheinland-pfälzischer Seite gehört vollständig zum Naturpark Rhein-Westerwald. Bisher herrschte (...) zwischen allen Beteiligten Übereinstimmung, dass in den Wäldern dieses Naturparks dem Ausgleich forstlicher Nutzung und den Belangen des Naturschutzes hinreichend Rechnung getragen worden ist.

Die Forstwirtschaft hat gezeigt, dass sie in der Lage ist, im Zusammenwirken aller Ansprüche der Gesellschaft in Zusammenhang mit Tourismus, Freizeitaktivitäten und Natur- und Artenschutz zu erfüllen, ohne auf die wirtschaftliche Nutzung der Wälder zu verzichten", heißt es in der umfangreichen Mitteilung weiter.

Zudem gelte, dass eine "wirtschaftlich genutzte Waldfläche auch unter umweltpolitischen Gesichtspunkten immer wertvoller" einzuschätzen sei: Klimaschutz und CO₂-Entlastung seien nur durch eine nachhaltige Waldbewirtschaftung "effizient zu betreiben".

Komme nun die Planung in Nordrhein-Westfalen zum Tragen, dann werde dies nicht ohne weitreichende Auswirkungen auf die Nachbarn vonstatten gehen. Da die vorgesehenen Schutzzonen des Parks in nicht unerheblicher Länge an die Wirtschaftswälder in den Verbandsgemeinden Unkel und Linz stoßen, würde das Wegenetz dort "mehr oder weniger ungewollt in das spezifische Wegekonzept des Nationalparks integriert".

Zudem stießen Gebiete "mit zwei unterschiedlichen Bejagungsstrategien aneinander". Von den Auswirkungen, die dies zwangsläufig mit sich bringen werde, sind laut Waldbauverein Flächen des Kommunalwaldes betroffen, aber auch Privatwald mit einer Vielzahl von Waldbesitzern.

Grund genug für die Waldbesitzer, bereits jetzt, zum Beginn des Verfahrens, Pflöcke einzuschlagen und Einschränkungen vorzubeugen.

Schlagwortartig nur einige der genannten Konflikte: Durch unterbleibende Maßnahmen gegen Schädlinge im Nationalpark entstehe, so wörtlich, die "Gefahr großräumiger Käferkalamitäten" vor allem für Nadel-, aber auch Laubwald. Vermögensverluste für die Waldbesitzer seien dann die Folge.

Und: "Ökologische Nachteile entstehen durch die Einschränkung der Baumartenvielfalt im Zusammenhang mit der Umsetzung des angestrebten naturnahen Waldbaus. Die Möglichkeiten, sich durch gezielte Baumartenwahl auf die Auswirkungen der Klimaveränderung einzustellen, werden eingeschränkt."

Es sei zu erwarten, dass "sich der Besucherdruck" durch Wanderer und Aktivsportarten nach Rheinland-Pfalz verlagere; dies könne zur "Beunruhigung des Wildes" bis hin zur verstärkten Nachtaktivität des Rotwildes führen, wodurch die Bejagbarkeit der Reviere erschwert werde und die Anforderungen an die Verkehrssicherungspflicht steigen würden.

Konsequenz für den Waldbauverein: Alle Konflikte müssten auf dem Gebiet des Nationalparks selbst gelöst werden. Pufferzonen in einer Breite von mindestens 500 Metern seien anzulegen, das Wildmanagement müsse dezidiert abgestimmt werden. Auch hinsichtlich des Wegekonzeptes müssten Mehrbelastungen "nach dem Verursacherprinzip" abgegolten werden.

Und zuletzt: Es solle sichergestellt werden, dass der Parkplatz Kalenborn weiter für die Holzversteigerung genutzt werden kann. "Diese gut zu erreichende Verkaufsmöglichkeit hat einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung des wirtschaftlichen Ergebnisses der Forstbetriebe geleistet."

(16.07.2008)